

## **Bericht zur Veranstaltung der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie**

### **Stadt-Land Disparitäten: (neue) regionale Spaltungen und Spannungen in der Gesellschaft**

#### **auf dem 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie**

Ausschlaggebend für die Sektionssitzung *Stadt-Land Disparitäten: (neue) regionale Spaltungen und Spannungen in der Gesellschaft* waren Beobachtungen räumlicher Disparitäten. Neben den viel beachteten Unterschieden zwischen den neuen und alten Bundesländern erscheinen dabei vor allem Stadt-Land Disparitäten, d.h. Disparitäten zwischen strukturstarke Ballungsräumen um wenige Großstädte und strukturschwachen ländlich-peripheren Regionen immer bedeutsamer zu werden. Zu beobachten ist insbesondere ein zunehmendes Auseinanderdriften und Auseinanderklaffen von Lebensbedingungen, Problemlagen und Wirklichkeitserfahrungen zwischen stark urbanisierten und ländlich geprägten Regionen. Vor diesem Hintergrund wollten wir mit der Session Fragen nachgehen, die sich mit den (neuen) Dimensionen regionaler Stadt-Land Disparitäten, der Spiegelung sozioökonomischer und soziokultureller Spaltungen sowie den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit diesen Konfliktlinien und Spannungen einhergehen, befassen. In der Veranstaltung wurden fünf Beiträge vorgestellt und diskutiert. Den Auftakt machte der Beitrag „Stadt und Land als überholte Raumkonstrukte. Zur kleinräumigen Heterogenisierung der Regionalentwicklung in Deutschland“ von Rainer Danielzyk (Leibniz Universität Hannover/ARL) und Rolf G. Heinze (Ruhr-Universität Bochum). Sie proklamierten, dass die Regionalentwicklung nicht mehr vom Stadt-Land-Gegensatz geprägt ist, weil insbesondere auf den Arbeitsmarkt bezogen starke Verflechtungen zwischen Städten bzw. Städtereionen und dem jeweiligen Umland bestehen. Stattdessen ist eine heterogene Regionalentwicklung mit deutlich kleinräumigen Differenzierungen von Regionstypen zu beobachten. Sie verdeutlichen das am Beispiel von Ostwestfalen, einen Regionstyp, der weder eindeutig als städtisch noch als ländlich zu klassifizieren ist.

Der zweite Beitrag „Die neue Wohnungsfrage. Gewinner und Verlierer des deutschen Immobilienbooms“ von Sebastian Kohl (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln), Till Baldenius und Moritz Schularick (beide Universität Bonn) widmet sich dem Immobilienboom der letzten Dekade in Deutschland und zeigt die unterschiedliche Preisdynamik (Kauf und Miete) auf regionaler Ebene. Sie konstatieren eine ausgeprägte regionale und ökonomische Polarisierung. Wohlhabende urbanere Regionen verzeichnen die deutlichsten Preissteigerungen und innerhalb der Boom-Städte sind die Mieten in ärmeren Stadtvierteln überproportional stark gestiegen, wobei insbesondere einkommensschwache Haushalte den steigenden Mietdruck spüren. Zudem sind Vermögensgewinne regional ungleich verteilt: Reiche städtische Regionen haben überdurchschnittliche Preissteigerungen und damit auch die stärksten Zuwächse im Immobilienvermögen erfahren. Der Beitrag kann belegen, dass insbesondere einkommensschwache Haushalte in ärmeren Wohngebieten durch überproportional gestiegene Mieten belastet sind und zugleich kaum vom Vermögenszuwachs des Immobilienbooms profitieren. In der Folge wird für eine massive Ausweitung staatlicher Wohnungsangebotspolitik argumentiert.

Steigende Mietpreise sind der Ausgangspunkt für Betrachtungen von Binnenwanderungen im dritten Beitrag „Der Einfluss von Mieten auf die Binnenwanderung in Deutschland. Eine Panelanalyse mit Kreiswanderungsdaten“ von Nico Stawarz, Nikola Sander und Harun Sula (alle Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung BiB, Wiesbaden). Anhand amtlicher Statistiken zu Wanderungsdaten auf Kreisebene seit 1991 kann gezeigt werden, dass Wanderungsgewinne von Städten seit 2012 rückläufig sind und seit 2014 viele Städte Wanderungsverluste erleiden, während einige ländliche Regionen Wanderungsgewinne erzielen. Zu dieser neuerlichen Suburbanisierung, so belegen es die Analysen der Autoren, tragen steigende Mieten in den Städten entscheidend bei.

Der Beitrag „Rettet den Diesel! – wie Stadt-Land-Disparitäten zu politischen Spaltungen gewendet werden“ von Gisela Mackenroth (Universität Tübingen) widmet sich den Stuttgarter Demonstrationen gegen Dieselfahrverbote. In diesen Protesten wurden Stadt und Land als Pole unterschiedlicher Interessen artikuliert. Zudem lassen sich bei den Protesten sowohl Sympathien und Vereinnahmungen als auch Abgrenzungen von und nach rechts beobachten. Im Vergleich zu anderen umwelt- und klimapolitischen Konflikten (Landwirte, Energiewende, Tesla-Werk) werden Konfliktlinien von den Akteuren meistens zwischen urbanen und ländlichen Kontexten gezogen, aber regionale sozioökonomische Ungleichheiten sind zwischen beiden Kontexten durchaus unterschiedlich gelagert. Die Rekonstruktion der Struktur rechter Positionen der Diesel-Proteste zeigt auf, dass sie an rechte, antidemokratische Motive („Großstadtfeindschaft“) anknüpfen und das Potential bieten, bestehende räumliche Disparitäten zu politischen Spaltungen zu vertiefen.

Im letzten Beitrag „Das Land als Hochburg des Rechtspopulismus? Stadt-Land-Disparitäten und regionale Muster bei der Wahl der ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD)“ von Timo Baldewein und Carsten Keller (beide Universität Kassel) werden regionale Disparitäten rechtspopulistischer Wahlerfolge in den Blick genommen, die ebenfalls auf großstadtfeindlichen Diskursen fußen. Die AfD-Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 werden mit BBSR-Indikatoren der Raum- und Stadtentwicklung sowie dem ALLBUS 2016 verknüpft und analysiert. Drei Befunde wurden aufgezeigt und diskutiert. Erstens erhält die AfD in kleinen und ländlichen Gemeinden durchschnittlich mehr Zustimmung als in Städten, wobei die Ergebnisse in kleinen Gemeinden sehr heterogen sind. Zweitens bestehen regionale Unterschiede. Die Stadt-Land-Differenzen sind in Westdeutschland weitgehend ein Bestandteil eines großräumigen Nord-Süd-Gefälles, während sie in Ostdeutschland eher quer dazu verlaufen. Drittens lassen sich die räumlichen Disparitäten stärker durch die Prävalenz kulturell-politischer Einstellungen und nur zu einem deutlich geringeren Teil durch sozioökonomische Unterschiede erklären. Die Frage nach den räumlichen Qualitäten von Gemeindetypen und Regionen, in denen mehr Menschen durch Rechtspopulismus mobilisierbar sind, bleibt dennoch zu diskutieren.

Organisiert wurde diese Veranstaltung von Natascha Nisic, Sören Petermann und Stefanie Kley.